

Frau Albrecht stellte den Antrag der Agenda-Liste anhand der Vorlage vor.

Herr Parpart führte hierzu aus, dass es am 22.02.2011 zwei Presseartikel im General- und im Rhein-Sieg-Anzeiger zum Projekt „Stadtteilmütter“. Hierbei handelt es sich um ein gemeinsames Projekt der Bundesagentur für Arbeit und des MAGS NRW. Es werden insgesamt 55 arbeitslose Frauen mit Zuwanderungsgeschichte als soziale Ansprechpartner für Migrantenfamilien in ihrem Stadtteil in einer 6-monatigen Qualifizierungsmaßnahme ausgebildet. Anschließend erfolgt in dieser Projektphase für 1 Jahr der Einsatz als „Stadtteilmutter“. Während der gesamten Projektdauer beziehen diese Personen Leistungen nach den Bestimmungen des SGB II, sodass dieser Personenkreis nicht in andere Fördermaßnahmen vermittelt werden könne. Es ist somit eine Kontinuität für die gesamte Projektphase sichergestellt. Zu den Aufgabenfeldern gehören Fragen der Erziehung, Gesundheit, Schule und Ausbildung. In erster Linie sollen diese „Stadtteilmütter“ als Wegweiser zu weiteren geeigneten Beratungsstellen, Ämtern oder sonstigen Dienststellen fungieren. Das Modellprojekt ist z. Zt. in 3 Städten im Ruhrgebiet (Bochum, Dortmund und Essen) angesiedelt. In Essen hat das Projekt zum 01.02. d. J. mit 25 Teilnehmerinnen begonnen. Dortmund und Bochum sind zum 01.03. d. J. an den Start gegangen. Das Projekt hat ein Finanzvolumen i.H.v. 1,5 Mio. €. Die Finanzierung erfolgt i.H.v. 1,1 Mio. € von der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, mit 360.000 € des MAGS NRW und EU-Mitteln und mit 62.000 € der Diakonie. Auf Nachfrage bei der Regionaldirektion der BA und dem Ministerium inwieweit man dieses Projekt auch jetzt schon auf andere Regionen übertragen kann, hat man sich von diesen Stellen sehr zurückhaltend geäußert, da das Pilotprojekt noch keine validen Erkenntnisse liefern kann. Man will von den maßgeblichen Stellen abwarten, ob dieses Projekt zu einem Erfolg führen kann. Danach soll entschieden werden, ob sich daraus Anschlussfinanzierungen ergeben können und man von den Erfahrungen vor Ort profitieren kann.

Die Verwaltung schlug vor, nach Bedingung des Projektes „Stadtteilmütter“ mit den beteiligten Trägern Kontakt aufzunehmen, Erfahrungsberichte anzufordern und diese im Integrationsrat vorzustellen.

Herr Radke schlug vor, der Verwaltung einen Prüfauftrag dahingehend zu erteilen, die weitere Entwicklung des Projektes „Stadtteilmütter“ zu begleiten und den Integrationsrat im Rahmen der „Leitlinien für ein Integrationskonzept“ weiterhin auf dem Laufenden zu halten.

Im Anschluss haben die Mitglieder des Integrationsrates den Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt, weiterhin über die Entwicklung des Projektes „Stadtteilmütter“ zu berichten.